



Martin Reiter

# Stadtrundgang: Stadt im Fluss

Vorbereitungsmaterial

## Videos zum Thema Stadt im Fluss

### **Zu St. Pauli: Abwertungskritik (6min)**

<http://www.youtube.com/watch?v=Cq1N1d1cVoA>

### **Hafenstraße (3min)**

[http://www.youtube.com/watch?v=\\_4Do7SvVrGY](http://www.youtube.com/watch?v=_4Do7SvVrGY)

### **Gentrifizierung (5min)**

<http://www.youtube.com/watch?v=dKkpsZSaPmY>

### **ZDF-Doku zu „Recht auf Stadt“ Hamburg mit Schwerpunkt St. Pauli (30min)**

[http://www.youtube.com/watch?v=7gC2TJ\\_9Ik8](http://www.youtube.com/watch?v=7gC2TJ_9Ik8)

## **Rundgang Stadt im Fluss**

Lest euch den Text über Gentrifizierung durch und beantwortet daraufhin die folgenden Fragen.

Was ist Gentrifizierung?

Wie wirkt sich Gentrifizierung auf die Stadtteile aus, bzw. was passiert hier? Zeige eventuelle positive und/oder negative Folgen auf.

Hat Gentrifizierung etwas mit deinem eigenen Leben zu tun?

## Stichwort Gentrification (Andreas Blechschmidt)

Die innenstadtnahen und oftmals alternativ geprägten Großstadtquartiere haben seit den 70er Jahren einen rasanten Imagewandel durchgemacht. Vor gut 30 Jahren war die marode Altbausubstanz solcher Gebäudekomplexe zumeist großspurigen kommunalen Flächensanierungen zugeordnet. Doch Anfang der 80er Jahre entdeckten die politisch Verantwortlichen in den Planungsbehörden die "behutsame Stadterneuerung".

Im Standortwettbewerb der Metropolen gehören inzwischen citynahe Altbauquartiere zum relevanten Faktor. Die von den Städten umworbenen steuerpflichtigen Besserverdienenden bevorzugen heutzutage ein urbanes und zugleich interessantes Wohn- und Arbeitsumfeld. So sind die ehemals unattraktiven Altbauquartiere zum umkämpften Stadtraum geworden und mittlerweile sowohl renditeträchtiges Investitionskapital wie auch begehrter Wohn- und Gewerberaum dieser Besserverdienenden.

Lange Jahre wurden die damit einhergehende Verdrängung und Vertreibung als "Umstrukturierung" politisch benannt und zuweilen auch bekämpft. In den letzten Jahren hat der Fachterminus der "Gentrification" Einzug in die politischen Debatten gehalten. Die Stadtsoziologie beschreibt mit diesem Begriff vergleichsweise sachlich den "mit der Hilfe von Marktmechanismen stattfindenden Bewohnerwechsel eines Wohnviertels von Arbeiter und Armen hin zu Besserverdienenden".

Gentrification charakterisiert die Aufwertung eines maroden Altbauquartiers als Prozess, in dem alternative Pioniere mit unorthodoxen Lebensentwürfen aktiv das bis dahin vernachlässigte Wohn- und Lebensumfeld gestalten. Eine kleinteilige und kreativ geprägte Gewerbestruktur, Veranstaltungsorte und Szenekneipen schaffen ein alternatives Flair, das schnell über den Kreis der lokalen NutzerInnen hinaus an Anziehungskraft gewinnt. Dieser Prozess der Revitalisierung kann in der Folge sowohl durch städtisch Modernisierungsprogramme in den Gebäudebestand als weitere Fördermaßnahmen forciert werden.

Die zunehmende Attraktivitätssteigerung setzt nach dem Prinzip von Nachfrage und Angebot eine Preisspirale in Gang, die sowohl die Gewerbemieten, als auch die Mietpreise für Wohnraum steigen lässt. Ab einem bestimmten Punkt werden die ehemaligen Pioniere, wenn sie nicht selbst nach Abschluss von Studium oder Berufsausbildung finanziell mithalten können, ihrerseits aus dem Quartier verdrängt. Am Ende dieses Gentrification-Prozesses steht ein Quartier, dessen Gewerbestruktur komplett ausgewechselt und in dem das Mietpreisniveau überproportional gestiegen ist, soweit nicht ohnehin ein beträchtlicher Anteil des Mietwohnungsanteils in Eigentumswohnungen umgewandelt worden ist.

Als soziologischer Begriff beschreibt Gentrification den gegenwärtigen städtischen Strukturwandel als fast gesetzmäßigen und natürlichen Mechanismus der marktförmigen Verwertung städtischen Raumes. Dem gegenüber hat sich in den linken städtischen Szenen innerhalb der letzten 20 Jahre durchaus ein politisches Bewusstsein artikuliert, das sowohl die Mechanismen der Gentrification, wie auch die Rolle der kommunalen Behörden darin analysiert hat. Diese städtischen Planungsinstanzen sind in diesem Zusammenhang vor allem als Interessensverwalter der gezielten Aufwertung von innerstädtischen Altbauquartieren als Teil der überregionalen Standortpolitik aufgetreten.

KritikerInnen dieser Standortpolitik versuchen daher, durch Aufklärungsarbeit und zum Teil konkrete Gegenentwürfe die scheinbare Gesetzmäßigkeit der Gentrification infrage zu stellen. Doch diese politischen Gegenbewegungen müssen ihrerseits das Dilemma auflösen, dass sie als Teil einer linken Szene mit eigenen subkultureller Verankerung selbst unfreiwillig AkteurInnen in den Gentrification-Prozessen sind, die sie aus richtigen Gründen politisch bekämpfen.

**Quelle:** <http://www.empire-stpauli.de/was-gentrifizierung.php>

## **Rundgang Stadt im Fluss**

Lest euch den Text über den jeweiligen Stadtteil durch und beantwortet daraufhin die folgenden Fragen.

Beschreibe St. Pauli. Was sind die Besonderheiten des Stadtteils? Welches Image hatte St. Pauli früher, welches Image hat es heute?

Was ist Gentrifizierung und wie wirkt sie sich auf den Stadtteile aus, bzw. was passiert hier? Zeige eventuelle positive und/oder negative Folgen auf.

Hat Gentrifizierung etwas mit deinem eigenen Leben zu tun?

## **Exklusiv wohnen und arbeiten auf'm Kiez**

**Auf Kosten der Geringverdienenden wird Hamburg-St. Pauli umstrukturiert** (Linda Fischer & Steffen Jörg; 2009)

"Der bunte und vielfältige Stadtteil St. Pauli erfreut sich seit einigen Jahren zunehmender Beliebtheit. Zahlreiche Altbauten wurden in den vergangenen Jahren saniert, und die Entstehung attraktiver Neubauten, hochwertiger Restaurants und exklusiver Hotels haben den Stadtteil deutlich aufgewertet und ihm ein neues Image verliehen." Die Beschreibung eines "Neubau-Penthouses" macht deutlich, in welche Richtung sich Hamburg-St. Pauli derzeit entwickelt. Assoziierte man mit dem Stadtteil lange Zeit vor allem billigen Wohnraum und das Rotlichtviertel, so zeugen heute sanierter Altbau, ein Penthouse für zwei Millionen Euro und exklusive Büroflächen davon, dass St. Pauli als Wohn- und Arbeits(stand)ort zunehmend bei Menschen mit gehobenen Einkommen und bei renommierten Firmen Beliebtheit findet.

Die Umstrukturierung von St. Pauli wird jedoch nicht nur anhand einzelner Beispiele "exklusiver Immobilien" deutlich, auch konkrete Zahlen und Fakten belegen diesen Prozess, der verharmlosend als "Aufwertung" bezeichnet wird. In der Wissenschaft wird von Gentrification gesprochen, was die Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten durch besser verdienende Haushalte in einem Viertel meint. Neben neuen Lebensstilen, veränderten Biografien und demographischen Umbrüchen ist sie auch ein Ausdruck der spezifischen Verwertungsbedingungen des Immobilienmarktes und stadtpolitischer Entscheidungen.

Wenn man auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum ist, würde man sich in Hamburg sicherlich nicht zuerst die Wohnungsinserate im Nobel-Stadtteil Eppendorf angucken, doch die Kosten für Wohnraum bei Neuvermietung sind dort mittlerweile immerhin niedriger als in St. Pauli. Sie lagen 2007 bereits bei 11,10 Euro pro m<sup>2</sup>, und damit gut 2 Euro über dem Hamburger Durchschnitt von 9,01 Euro/m<sup>2</sup>. (Zahlen stammen aus einer Untersuchung des Ohmoor Gymnasiums, siehe [www.gymnasium-ohmoor.de](http://www.gymnasium-ohmoor.de)) Da kann Eppendorf, mit eher beständigen 10,80 Euro/m<sup>2</sup> nicht mehr mithalten. Diese Tendenzen sind bei der Entwicklung von Immobilienpreisen für Eigentumswohnungen noch deutlicher zu erkennen: Im Zeitraum von 2003 bis 2008 sind diese um 22,9% gestiegen und liegen mittlerweile deutlich über dem Durchschnitt.

### **St. Pauli: Wirtschaftsfaktor für Hamburg**

Im Widerspruch dazu steht, dass St. Pauli immer noch einer der ärmsten Stadtteile Hamburgs ist. So beziehen überdurchschnittlich viele St. PaulianerInnen Hartz IV und der Anteil an Arbeitslosen liegt deutlich über dem Hamburger Durchschnitt. Doch auch hier macht sich "der Wandel" seit einigen Jahren bemerkbar: Die Quote der SozialhilfempfängerInnen sank rapide von 18,5% (1998) auf 11,4% (2003) ab, seit Einführung von Hartz IV verstärkt sich diese Tendenz. Ein weiterer Indikator für Verdrängungsprozesse ist die starke Abnahme des Anteils an BewohnerInnen ohne deutschen Pass, die in St. Pauli einen großen Anteil der Bevölkerung ausmachen bzw. ausgemacht haben. Gerade MigrantInnen sind häufig als Erste von Verdrängungen betroffen. Die Diskriminierungen, denen MigrantInnen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt sind, finden ihren Wiederhall

auch im Wohnungsmarkt. Der Anteil an BewohnerInnen St. Paulis ohne deutschen Pass ist von über 40% Mitte der 1990er Jahre auf 27,1% im Jahr 2007 gesunken.

Doch nicht nur auf dem privaten Wohnungsmarkt vollzieht sich diese Veränderung und Verdrängung. Vor dem Hintergrund einer auf Wirtschaftswachstum orientierten Stadtentwicklungspolitik ist St. Pauli vor allem eine "Marke" für Hamburg. Dr. Hans Hellberg, Vorstandsvorsitzender der B&L Immobilien AG, die 2001 ein großes Bürogebäude auf der Fläche der ehemaligen Bowlingbahn (Reeperbahn 1) realisieren wollte, bringt es auf den Punkt: "St. Pauli ist für Hamburg ein großer Wirtschaftsfaktor, genauso wichtig wie der Hafen und vom Image attraktiver als die Alster und der Michel. (...) St. Pauli und Reeperbahn sind international bekannte Markenbegriffe und so viel wert, dass man sie mit Geld nicht bezahlen kann." Jährlich ziehen ca. 25 Millionen BesucherInnen durch das Viertel. Als Rotlicht- und Amüsiermeile ist St. Pauli schon lange beliebt, neu ist, dass sich hier auch vermehrt "renommierte" Unternehmen ansiedeln.

1998 schien diese Strategie beim Millerntor-Hochhaus nicht aufzugehen. Der 300 Mio. Mark teure Neubau, dem ein vermeintlich asbest-verseuchtes Hochhaus weichen musste, stand lange nach seiner Fertigstellung leer. Um den Leerstand zu kaschieren, durfte AOL dort mietfrei residieren. Heute ist das anders. Das so genannte Brauquartier ist dafür ein Paradebeispiel. Auf dem Gelände der ehemaligen Bavaria-Brauerei entstanden mit einem Investitionsvolumen von 350 Mio. Euro fast 300 Wohnungen, das Hotel Empire Riverside und 55.000 Quadratmeter Büros, Einzelhandel und Gastronomie. "Der gesamte Stadtteil wird durch die Bebauung des Bavaria-Geländes aufgewertet", sagt Oberbaudirektor Jörn Walter, "ein interessanter Kontext zur geplanten Elbphilharmonie und den Kirchtürmen unserer Stadt." In den Bürotürmen Atlantic-Haus und Astra-Turm befinden sich unter anderem die Zentrale der DWI Grundbesitz GmbH, AOL Deutschland, Nord Event, die Werbeagenturen BBDO und TBWA oder die Wirtschaftsprüfer IBS-Schreiber. Aktuell will die Strabag GmbH, Europas größtes Bauunternehmen, ihre Norddeutschland-Zentrale an der Reeperbahn 1 realisieren. "Dieser Standort bietet für uns die einmalige Chance, einerseits eine Landmarke für die Stadt zu schaffen und damit gleichzeitig für eine wirkungsvolle Außendarstellung unseres Unternehmens zu sorgen", so ein Vertreter des Konzerns.

Die zunehmende Beliebtheit St. Paulis als Firmenstandort spiegelt sich auch in den Büromieten wider. Es werden für Bürobauten teilweise Spitzenmieten von bis zu 30 Euro pro m<sup>2</sup> erzielt, die damit mehr als doppelt so hoch sind wie die durchschnittliche Büromiete in Hamburg und damit selbst die Innenstadt oder die Hafencity übertrumpft. "St. Pauli wird sich ändern. Das ist eine Entwicklung, die nicht aufzuhalten sein wird - die aber durchaus gewollt ist", postulierte der Baudezernent des Bezirksamts Mitte. Doch welche Entwicklung ist damit eigentlich gemeint und welche gewollt?

Heutige Stadtentwicklungspolitik nimmt die Metropole Hamburg und damit auch St. Pauli dergestalt in den Blick, dass die Stadt im internationalen Standortwettbewerb bestehen muss und Investoren oder Konzernen genügen muss, um möglichst profitabel positioniert zu werden. Nicht die Stadt als demokratisches, vielfältiges und integratives Gemeinwesen, als lebenswerte Umgebung für BewohnerInnen steht im Fokus der Stadtentwicklungspolitik, sondern die Stadt als in Wert zu setzende Ware. Das aktuelle Leitbild "Wachsende Stadt" der CDU bedient sich dieser Strategie. Es ist von einer Unternehmensberatung erstellt worden, ohne Beteiligung der Bevölkerung, und orientiert vor allem auf wirtschaftliches Wachstum und Zuzug von Hochqualifizierten und GutverdienerInnen.

Vordenker des Leitbildes ist der ehemalige SPD-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der bereits 1983 im Überseeklub seine Vorstellung vom "Unternehmen Hamburg" einem exklusivem Kreis präsentierte. Wobei seiner Meinung nach "die Wohn- und Arbeitsbedingungen, das kulturelle Umfeld, die Freizeitmöglichkeiten unserer Stadt ein immer größeres Gewicht für die Standortentscheidung - ich sage das einmal so - einer neuen Intelligenz" haben werden.

Ausdruck dieser Verwertungslogik einer Stadtentwicklungspolitik ist die seit 2003 geltende Regelung der Grundstücksvergabe nach dem Höchstpreisverfahren. Wurden früher städtische Grundstücke für den geförderten Wohnungsbau und den Genossenschaftsneubau nach einem einheitlichen Grundstückskostenrichtsatz vergeben, erhält heute derjenige Anbieter das Grundstück, der den höchsten Preis bietet. Höchstmöglicher Profit beim Verkauf städtischen Eigentums ist die Devise, oder, um es in den Worten des 2004 amtierenden Finanzsenators Dr. Wolfgang Peiner zu sagen, das Ziel, "Hamburg zur wirtschaftsfreundlichsten Stadt bei der Flächenbereitstellung in Deutschland zu machen."

### **SAGA-MieterInnen geben der Elbphilharmonie ihren Namen**

Auch die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA ist mittlerweile Teil des "Unternehmen Hamburgs". Ursprünglich gegründet, um "sichere und sozial verantwortliche Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung zu angemessenen Preisen" zu gewährleisten, verfolgt das städtische Unternehmen mittlerweile ganz andere Ziele. Die SAGA besitzt in St. Pauli einen nicht unbeachtlichen Anteil an Wohnungen, von denen ca. die Hälfte (noch) Sozialwohnungen sind. Jedoch zeugen insbesondere aktuellere Unternehmensentscheidungen davon, dass die SAGA St. Pauli für neue MieterInnenschichten "entdeckt" hat. So ließ die SAGA z.B. Gründerzeithäuser gegen den Widerstand der Stadtteilbevölkerung abreißen. Trotz ihres Versprechens, neue Sozialwohnungen an dieser Stelle zu realisieren, entstanden letztendlich freifinanzierte Wohnungen mit Mieten von 9,50 Euro/m<sup>2</sup> aufwärts. In den letzten zehn Jahren fanden vermehrt Instandsetzungen und Modernisierungen statt. 1998 waren die Bestände der SAGA in St. Pauli-Süd noch zu zwei Dritteln ohne Zentralheizung und Bad ausgestattet. Heute ist dies fast überall selbstverständlich. Nichts gegen den höheren Wohnstandard, erkaufte wird er sich mit massiven Mietsteigerungen, die sich dann die langjährigen MieterInnen schlichtweg nicht mehr leisten können.

Das Dargestellte ist Ausdruck einer profitorientierten Unternehmenspolitik, die eher die "Vermögenssicherung der Freien und Hansestadt Hamburg" im Fokus hat denn die Bereitstellung günstigen Wohnraums. Mehrere 10 Mio. Euro Dividende gehen jährlich an die Stadt. Noch deutlicher wird dies an der Fusion von SAGA und GWG. 2005 kaufte die SAGA das ebenfalls städtische Wohnungsbauunternehmen GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH. Insgesamt 500 Mio. Euro zahlt die SAGA über fünf Jahre verteilt an die Stadt, die mit diesem Geld in einem Sonderinvestitionsprogramm gebündelt so genannte Leuchtturmprojekte, wie die Elbphilharmonie, die U-Bahn in die Hafencity, aber auch die Umgestaltung und Privatisierung des Spielbudenplatzes auf der Reeperbahn finanziert. Das alles auf dem Rücken der über 130.000 SAGA-Haushalte. Denn schließlich sind sie es, die mit ihren monatlichen Mieten den Profit der SAGA sicherstellen. Die Stiftung Elbphilharmonie, die mit der Werbekampagne "Geben Sie der Elbphilharmonie ihren Namen" um SpenderInnen zur Finanzierung des Mega-Projektes wirbt, sollte somit die SAGA/GWG um die Namen aller ihrer MieterInnen bitten. Sind sie es doch, die einen nicht unerheblichen Teil zur finanziellen Realisierung des Millionen-Euro-Lochs Elbphilharmonie leisten.

Häufig wird den KritikerInnen einer solchen Umstrukturierung entgegnet, dass man doch nur gegen Veränderung sei und sich auch vieles positiv für St. Pauli entwickelt hätte. Dabei stellt sich die Frage, für wen solche Umstrukturierungen bzw. Gentrificationprozesse positiv sind und für wen nicht. Aus der Perspektive der Wirtschaft, der Wohnungsunternehmen und anderer Firmen ist es positiv, wenn Gebiete beliebter und damit für sie rentabler werden, man also höhere Mieten verlangen kann und sich Investitionen "lohnend". Aus Sicht der Regierung sind solche Entwicklungen gut, da sie dafür sorgen, dass sich Hamburg im internationalen Wettbewerb der Städte behauptet und attraktiv für Unternehmen sowie GutverdienerInnen wird und damit u.a. mehr Steuereinnahmen zu erwarten sind. Für Menschen mit hohem Einkommen können solche Entwicklungen positiv sein, da sich das Angebot an "exklusiven Wohnungen in attraktiven Lagen" für sie erhöht.

Für die derzeitigen BewohnerInnen bedeuten Infrastrukturmaßnahmen, Modernisierungen und Instandsetzungen zunächst einen höheren Wohnstandard, aber gleichzeitig auch steigende Mieten, die sich schon jetzt einige nicht mehr leisten können. So gibt es immer mehr Eigentumswohnungen und es werden neue, hochpreisige Wohnungen gebaut. Dies führt zu noch höheren Mieten und einer Verknappung von günstigem Wohnraum. Die Mehrheit der St. PaulianerInnen wird sich ihren Stadtteil so schon bald nicht mehr leisten können. Auch die Repressionen gegen bzw. die Verdrängungen so genannter "Randgruppen" nehmen zu. Obdachlose oder SexarbeiterInnen möchten die "neuen" BewohnerInnen und Unternehmen dann meistens lieber doch nicht direkt vor ihrem Fenster haben. Der Manager vom Spielbudenplatz machte in diesem Zusammenhang Schlagzeilen, weil er mit Sprinkleranlagen gegen Personen vorging, die die Bühnen auf dem Spielbudenplatz als Nachtlager nutzten.

### **Der Widerstand gegen Gentrifizierung regt sich**

"Positiv" - so bleibt festzuhalten - sind die derzeitigen Entwicklungen also vor allem für Wirtschaft und GutverdienerInnen, verdrängt werden Randgruppen und Bevölkerungsschichten mit weniger Einkommen. Gentrifizierung eben. Zunehmend regt sich gegen all dies Widerstand. Seit Mitte 2008 gibt es ein Aktionsnetzwerk gegen Gentrification, und in St. Pauli Nord etabliert sich zurzeit das Centro Sociale (ein politisches, soziokulturelles Zentrum, das sich als Kontrapunkt zur Gentrifizierung versteht). Auch über den Stadtteil hinaus, in Wilhelmsburg, in der Schanze, in St. Georg und anderswo, gibt es vermehrt Menschen, die sich gegen die herrschenden Stadtumstrukturierungsentwicklungen zur Wehr setzen. Doch das ist eine andere Geschichte und soll ein andermal erzählt werden.

Erstmalig erschienen in: ak - zeitung für linke debatte und praxis / Nr. 535 / 16.1.2009

**Quelle:** <http://www.empire-stpauli.de/exklusiv.php>

## **Rundgang Stadt im Fluss**

Lest euch den Text über den jeweiligen Stadtteil durch und beantwortet daraufhin die folgenden Fragen.

Beschreibe die HafenCity. Was sind die Besonderheiten des Stadtteils? Welches Image hatte die HafenCity früher, welches Image hat sie heute?

Was ist Gentrifizierung und wie wirkt sie sich auf den Stadtteil aus, bzw. was passiert hier? Zeige eventuelle positive und/oder negative Folgen auf.

Hat Gentrifizierung etwas mit deinem eigenen Leben zu tun?

## Leerstand

### HafenCity stirbt aus: Auch La Baracca insolvent (Ulrich Gaßdorf; 12.09.2014)



HA/A.Laible/ZGBZGH

Tristesse in der HafenCity: der menschenleere Überseeboulevard. Die Außenbestuhlung des insolventen La Baracca (r.) wurde noch nicht entfernt.

Rund ein Drittel der Gewerbeflächen steht leer: Am Überseeboulevard hat nun auch das La Baracca Insolvenz angemeldet. Der Betrieb hätte bereits im vergangenen Jahr eingestellt werden müssen.

HafenCity. "Betriebsruhe" steht auf einem Schild am Eingang des Restaurants La Baracca. Dabei müsste es schlicht heißen: "Geschlossen". Denn der Laden am Überseeboulevard, im September 2011 als "italienische Erlebnisgastronomie" eröffnet und gefeiert, ist pleite und wird wohl an diesem Standort nie wieder öffnen.

Das Amtsgericht Hamburg hat am 1. September das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Überseeboulevard Service UG eröffnet und den erfahrenen Insolvenzverwalter Nils Krause eingesetzt.

Damit verliert die Flaniermeile, die so etwas sein sollte wie der Jungfernstieg der HafenCity, einen weiteren Mieter. Der Überseeboulevard ist offensichtlich kein gutes Pflaster für Unternehmer. Erst vor wenigen Wochen musste die Modeboutique "Etagé Eins", die vorher im Stilwerk erfolgreich etabliert war, aufgeben. Schon vor gut einem Jahr hatten die Betreiber des Designermodeladens "Stoffsüchtig" Insolvenz anmelden müssen und ihren Laden geschlossen. Die Fluktuation ist hoch, mittlerweile stehen rund 30 Prozent der Gewerbeflächen leer. Damit überhaupt Flächen vermietet werden können, werden die Mieten von den Immobilieneigentümern subventioniert.

Auf Abendblatt-Anfrage formulierte es ein Sprecher der Überseequartier Beteiligungs GmbH so: Es sei Bestandteil des Einzelhandelskonzepts, dass "innovative Mieter, die neue Konzepte entwickeln, gefördert werden". Auch im Fall des La Baracca sei eine "Anschubunterstützung durch gestaffelte Miete gewährt" worden, so der Sprecher. Aber auch dies hat offenbar nicht mehr geholfen. Eigentlich hätte der Betrieb bereits im vergangenen Jahr eingestellt werden müssen, denn schon damals drehte die italienische CIR Group, die La Baracca bis dahin betrieben und finanziert hatte, den Geldhahn zu.

Die Food Concepts Holding SA in Luxemburg, an der auch die CIR und der Hamburger Unternehmer Bodo von Laffert (Sushi-Factory) beteiligt sind, vergibt nun die Lizenzen für das La-Baracca-Konzept. Kurzfristig wurde mit der Überseeboulevard Service UG ein Franchisenehmer gefunden. Allerdings räumt Unternehmer von Laffert ein: "Wir haben nur ganz geringe Lizenzgebühren genommen, weil wir ja um den schwierigen Standort wussten."

Das sei auch der Grund, warum das La Baracca langfristig am Überseeboulevard nicht hätte erfolgreich sein können - obwohl die Umsatzzahlen von der neuen Betreibergesellschaft gesteigert worden seien. "Aber die Fläche ist mit 1000 Quadratmetern viel zu groß. Deshalb wäre auch eine Erhöhung der Miete nicht finanzierbar gewesen", so von Laffert. Zur Insolvenz der Betreibergesellschaft an dem Standort hat nach Abendblatt-Informationen schließlich eine nicht einkalkulierte Forderung des Energieversorgers geführt, der nicht nachgekommen werden konnte.

Das La Baracca - inzwischen haben auch die Filialen in Düsseldorf und München geschlossen - galt zunächst als innovatives Gastronomiekonzept. Entwickelt hatte es Vapiano-Mitbegründer Mark Korzillius. Die Gäste bestellten über einen Tablet-Computer ihre Speisen. Zur Eröffnung im September 2011 war viel Prominenz in die HafenCity gekommen. Aber der große Ansturm blieb danach im Tagesgeschäft aus. Aus der La-Baracca-Pleite am Überseeboulevard hat auch die Überseequartier Beteiligungs GmbH gelernt: "Das Gastronomiekonzept des Überseequartiers wird überdacht. Bei der Nachfolge für das La Baracca ist eine Neuausrichtung angedacht", so ein Sprecher. Es gebe bereits Gespräche mit Interessenten.

Doch was läuft überhaupt erfolgreich am Überseeboulevard? Vor allem der preisgünstige Mittagstisch. Es gibt zahlreiche Betriebe, die darauf setzen. Ein Vietnamese bietet ein All-you-can-eat-Büfett für 7,90 Euro an. Das Bistro Paris wirbt mit Gerichten ab 3,20 Euro zum Lunch: "Natürlich machen wir mit dem Mittagstisch den meisten Umsatz, hier müssen Preis und Leistung stimmen", sagt Jan Röhe. Der Gastronom betreibt das Bistro seit mehr als drei Jahren und weiß: "Hier ist ab 18 Uhr nicht mehr viel los, deshalb richten wir uns nach der Nachfrage und machen im Winter auch schon mal um 19 Uhr zu."

Jan Röhe ist zufrieden und sagt: "Die Einnahmen werden immer besser. Aber ein klassisches Abendrestaurant funktioniert hier nicht." Auch einige Modeläden gibt es noch. Seit gut zwei Jahren auch das Stilhaus Blocker, das von Kabir Ghafoori geführt wird.

"Wir haben uns eine Stammkundschaft aufgebaut und setzen auf diesen Standort", sagt der Inhaber. Das eigentliche Problem des Überseeboulevards sei jedoch, dass der gesamte südliche Abschnitt in unmittelbarer Nähe des Kreuzfahrtterminals seit 2010 komplett brachliegt. Dort erinnert nur eine riesige Baugrube daran, dass hier mit dem Überseequartier das zentrale Geschäftszentrum der HafenCity entstehen sollte. Im Zuge der Finanzkrise war der Bau des Überseequartiers ins Stocken geraten. Die bisherigen Investoren wollen aus dem Projekt aussteigen, die HafenCity GmbH sucht nach einem neuen Investor, der mindestens 800 Millionen Euro ausgeben müsste.

Die gute Nachricht: Es soll laut Sprecherin Susanne Bühler bis Ende des Jahres eine "vertragliche Entscheidung mit einem Investor fallen". Auf eine zügige Umsetzung hofft auch SPD-Stadtentwicklungsexperte Dirk Kienschferf: "Diese Brachfläche muss dringend bebaut werden. Denn dass die Gewerbetreibenden am Überseeboulevard Probleme haben, hängt auch mit dem halb

fertigen Überseequartier zusammen." Es ist kein Geheimnis, dass die SPD Druck auf die HafenCity GmbH ausübt, damit endlich der südliche Abschnitt des Überseequartiers realisiert werden kann.

Bodo von Laffert sieht eine Zukunft für das La Baracca: "Es gibt Interessenten. Allerdings nicht am Standort HafenCity - und nicht mehr auf 1000 Quadratmetern."

**Quelle:** <http://mobil.abendblatt.de/hamburg/article132169432/HafenCity-stirbt-aus-Auch-La-Baracca-insolvent.html>

## **Rundgang Stadt im Fluss**

Lest euch den Text über den jeweiligen Stadtteil durch und beantwortet daraufhin die folgenden Fragen.

Beschreibe die HafenCity. Was sind die Besonderheiten des Stadtteils? Welches Image hatte die HafenCity früher, welches Image hat sie heute?

Was ist Gentrifizierung und wie wirkt sie sich auf den Stadtteil aus, bzw. was passiert hier? Zeige eventuelle positive und/oder negative Folgen auf.

Hat Gentrifizierung etwas mit deinem eigenen Leben zu tun?

## Der gelbe Planet

**In dieser Woche zieht die FDP nach elf Jahren Opposition wieder als Regierungspartei in den Bundestag ein. In der neuen luxuriösen Hamburger Hafencity haben 27,5 Prozent die Partei gewählt. Aber auch in Arbeiterbezirken legte sie zu. Was erwarten die neuen Wähler von den Liberalen? (Anita Blasberg, Roland Kirbach, Henning Suessebach; 30.10.2009)**



Jürgen und Petra Knecht in ihrer Wohnung in der schicken Hamburger Hafencity. Dort haben am 27. September 27,5 Prozent FDP gewählt, wie die Knechts auch (© Valeska Achenbach u. Isabela Pacini für DIE ZEIT)

Der Schritt über die Schwelle, sagt Petra Knecht, das sei »der Moment«. Wenn sie ihren Audi Q7 in die Tiefgarage gefahren hat, wenn der Aufzug sie in den zweiten Stock getragen hat und wenn sie schließlich, abends um sieben, auf ihren Balkon tritt und auf Hamburg schaut, auf den Hafen, dann wisse sie, dass sie sich richtig entschieden habe. Möwen schreien, Wasser gleißt, und hinter dem Kranballett über der Elbphilharmonie geht die Sonne unter. »Dazu die alten Zweimaster, die Luft«, sagt Petra Knecht, kein Autolärm, nur Ruhe. »Nachts glaubst du, du bist in Venedig«, sagt sie. Auch wenn sie Venedig nur aus dem Fernsehen kennt.

Urlaub haben Petra Knecht und ihr Mann schon lange nicht mehr gemacht. Die Arbeit. Ihre freien Stunden verbringen sie nun auf ihrem Balkon über dem Kaiserkai. »Weinchen trinken, Leute gucken.« In einer Ecke horten sie altes Toastbrot für die Möwen. Und wenn die Touristen auf den Barkassen ihre Kameras zücken, durchfährt Petra Knecht ein wenig Stolz. »Die glauben, hier wohnen Promis. Die wollen alle hier hin.«

Hier hin, in Hamburgs neue Hafencity. Wie ein Keil liegt sie in der Elbe, eine gigantische Baustelle, auf der moderne Architektur aus einer sandigen Brache wächst, viel Glas, viel Stahl, viel Klinker. Erst 1900 Menschen wohnen hier bislang, aber jeden Monat wird ein neues Haus eingeweiht, kommen

die nächsten Umzugswagen. Die Hafencity ist eine kühne stadtplanerische Vision: 12.000 Menschen sollen im neuen Überseequartier einmal leben, 40.000 hier arbeiten. Eine Stadt in der Stadt.

Bis zur Bundestagswahl war die Hafencity gesellschaftlich Terra incognita. Nun weiß man: Sie ist ein neuartiges politisches Soziotop. 27,5 Prozent haben hier FDP gewählt. Mehr noch als in den traditionellen Hochburgen in Baden-Württemberg (Grafik Seite 17). Die Hafencity ist ein kleiner gelber Planet.

Petra und Jürgen Knecht sind beide um die 50. Er ist Chemiefacharbeiter, sie Kneipenwirtin auf St.Pauli. Mit ihrer neuen Wohnung haben sie sich einen Traum erfüllt: Elb Elyseum heißt ihr Haus, sie zahlen 2900 Euro Kaltmiete für 136 Quadratmeter, zwei Plätze in der Tiefgarage inklusive. Dort unten parken ein Jaguar, viele Porsche und noch mehr Mini Cooper, die Zweitwagen der Frauen.

»Unsere Nachbarn sind Anwälte und Firmenlenker«, sagt Petra Knecht. Ein kinderloses Ehepaar aus München. Ein Professor und eine alte Dame, deren Söhne bald im Marco Polo Tower gegenüber einziehen, in die teuerste Immobilie Hamburgs. »Wir sind alle Pioniere.« Wenn der Schacht für die neue U-Bahn vorangetrieben wird, vibrieren die Fensterscheiben. Immer wieder finden Filmaufnahmen statt. Wenn ein neuer Laden eröffnet wird, essen die anderen Lachsschnittchen, und die Knechts steuern zum Bratwurststand. Manchmal werden sie gemustert, für Touristen gehalten, aber dann lachen sie und sagen: »Wir sind doch die von nebenan!« Auch Knechts haben für die FDP gestimmt. Zwei von eineinhalb Millionen Menschen, die in diesem Herbst zur FDP gewechselt sind. Zwei, die auf den ersten Blick nicht zur FDP zu passen scheinen.

Seit April wohnen sie hier. An der vornehmen Elbchaussee wollte man sie nicht, nachdem der Vermieter gehört hatte, dass Petra Knecht auf St. Pauli arbeitet. Das alte Geld hat sie nicht reingelassen. Das neue Geld hat nicht gefragt, woher sie kommen.

### **In Knechts Kneipe hängen Plakate: »Make love, not Steuererklärung«**

»Von der Hauptschule in die Hafencity«, sagt Petra Knecht und lacht ihr raues, kehliges Lachen. Mit 18 machte sie ihre erste Kneipe auf. Heute hat sie 18 Angestellte. Im Wohnzimmer steht ein großer Flachbildfernseher, auf dem stumm ein paar Fische schwimmen. Daneben ein elektrischer Kamin. In der Sofalandschaft ein großer, künstlicher Ahorn.

Petra Knecht trägt ihre blonden Haare sorgfältig frisiert. Neben der Kneipe betreibt sie noch ein Hotel und das PJs auf der Reeperbahn. PJs steht für Petra und Jürgen. In ihren Lokalen darf man rauchen, sie hat sie mit FDP-Plakaten dekoriert: »Make love, not Steuererklärung«, »Datenfreiheit und Rock 'n' Roll«.

Es war Anfang 2008, als die Große Koalition Petra Knecht in die Arme der FDP trieb. »Das Nichtraucherschutzgesetz«, sagt sie. »Das war zu viel.« Und die FDP die einzige Partei, die dagegen vorging. Guido Westerwelle ist seitdem Knechts Hoffnungsträger. »Man muss doch alles mal ein bisschen lockern«, sagt sie. »Die Steuern durchsichtiger machen, da blickt keiner mehr durch. Und ich seh doch den Verfall auf St. Pauli: Viele arbeiten gar nicht mehr, die Kinder gehen nicht zur Schule.«

Petra Knecht schätzt an der Hafencity, dass sie ruhig, sauber und sicher ist. Dass keiner »rumgammelt«, dass hier »Leistungsträger« wohnen, wie sie sagt. »Klar haben meine Freunde vom

Kiez gemeint: Das ist doch Schickimicki.« Petra Knecht sieht das anders. In der Hafencity zu leben ist für sie Belohnung für einen entbehrungsreichen Aufstieg. Sie hat kein Problem mehr damit, sich zu ihrem Wohlstand zu bekennen. Und dorthin zu ziehen, wo alle so denken wie sie. Auf eine Insel der Starken.

Früher haben große gesellschaftliche Fragen und politische Visionen Wahlen entschieden. Westbindung, Ostpolitik, Einheit. In diesem Herbst aber haben die Deutschen individualistischer gewählt. Nach ihren eigenen Idealen. Und den eigenen Bedürfnissen. Wer sich schwach fühlt, entschied sich für den Staat und wählte links. Wer sich zu den Starken zählt, wählte FDP.

»Der Staat schnürt uns ein«, sagt Petra Knecht. All die Steuern, Barrieren und Vorschriften. »Bald dürfen Jugendliche nicht mehr auf die Sonnenbank.«

Wer einer Frau wie Petra Knecht zuhört, beginnt zu verstehen, warum die FDP von einer Klientelpartei der Ärzte und Anwälte zu einer Art bürgerlichen Protestpartei geworden ist. Warum sie mit 6,3 Millionen Stimmen ihr bestes Bundestagswahlergebnis aller Zeiten einfuhr. Warum sie 17 Prozent der unter 30-Jährigen, 15 Prozent der Hauptschulabsolventen und sogar 10 Prozent der Arbeitslosen wählten. Warum sie zugelegt hat in Hamburgs Arbeiterstadtteilen Bahrenfeld und Hamm, warum sie erstmals in St. Pauli die 5-Prozent-Hürde überwunden hat, warum sie gewählt wird von einem Chemiefacharbeiter wie Jürgen Knecht, der immer für die SPD war, und von der Kneipenwirtin Petra Knecht, die früher CDU gewählt hat. In den Jahren der Großen Koalition, findet Petra Knecht, ist die FDP die einzig optimistische Partei inmitten lauter verängstigter Besitzstandswahrer gewesen.

### **Es fallen Begriffe wie »Selbstdenker« und »Internetgeneration«**

Es ist ein klarer, kalter Tag, als sich der ICE 791 nach Berlin aus dem Hamburger Hauptbahnhof windet. Draußen das Hafenpanorama und die Kräne über der Elbphilharmonie, drinnen die Stille der ersten Klasse.

Etwas abseits sitzen ein Mann und eine Frau bei Kaffee und politischer Standortbestimmung. Es fallen Begriffe wie »Selbstdenker« und »Steuergerechtigkeit«, dann reden sie davon, dass Guido Westerwelle in den Koalitionsverhandlungen »hoffentlich einen großen liberalen Fingerabdruck« hinterlasse. Am Nachmittag werden sie Westerwelle treffen. Dann ist Fraktionssitzung im Bundestag.

Zum ersten Mal seit 1990 schickt Hamburgs FDP wieder zwei Abgeordnete nach Berlin. Burkhardt Müller-Sönksen, 50, schwarzer Anzug, gelbe Krawatte, rahmenlose Brille wie sein Parteichef, ist an diesem Tag unterwegs in seine zweite Legislaturperiode. Sylvia Canel, 51, schwarzer Blazer, weiße Bluse, Perlenkette, reist in ihre erste. Das Rekordergebnis der FDP hat sie, eine Lehrerin, nach nur sieben Jahren in der Partei direkt in die Bundespolitik katapultiert. Der Sitz im Bundestag ist ihr erstes politisches Mandat.

Canel ist abgeordnet von den Neuwählern der FDP, von Menschen wie den Knechts. Ihre Partei hat im Wahlkampf ihren Urbegriff »Leistung« durch »Arbeit« ersetzt, *Arbeit muss sich wieder lohnen*. »Das Wort hat ein breiteres Spektrum«, sagt Müller-Sönksen, »da geht der Zielbereich fast bis zum Leistungsverweigerer runter!«

Canel und Müller-Sönksen platzen an diesem Morgen fast vor Begeisterung und Stolz, er lauter, sie leiser. Wenn die beiden über das Wahlergebnis reden, 14,6 Prozent der Stimmen bundesweit, klingt es, als sei das nur ein Anfang, der Anstoß zu einer Zeitenwende. »Wir sind ein wirklich reiches Land, wir können nur nicht mit dem Reichtum umgehen. Fünf Milliarden Steuergelder für die Abwrackprämie! Warum verwenden Politiker so viel Geld für alte Autos und nicht für gute Schulen? Dann möchte ich lieber selbst bestimmen, wofür ich mein Geld ausbe.« Und das denken jetzt so viele neue Wähler!

»Junge Leute«, sagt Müller-Sönksen.

»Die Internetgeneration«, sagt Canel.

»Leute, die nicht denken, es müsste alles auf sie zulaufen«, sagt Müller-Sönksen.

»Und endlich wieder Lehrer, Intellektuelle«, sagt Canel, »die ganze Bürgerrechtsschiene. Da hatten wir nach 1982 ja einen Aderlass.«

Canel ist Gymnasiallehrerin für Biologie und Deutsch. Sie hat 1983 im Bonner Hofgarten gegen die Nachrüstung demonstriert, gegen Atomkraft ist sie noch immer. Wenn sie nicht gerade nach Berlin fährt, trägt sie Jeansjacke und flache Schuhe. Auch sie passt nicht ins krawattenknotenkorrekte Klischee ihrer Partei – »junger Mann, erfolgreich im Beruf, grauer Anzug, kurze Haare«, so nennt sie es selbst. Manchmal, sagt sie, gebe es Sprachprobleme, wenn sie als Pädagogin mit diesen jungen Männern rede. »Viele denken und reden nur in Kategorien der Ökonomie.«

Der Urknall ihrer politischen Karriere liegt im Jahr 1989. Canel, Tochter eines Kfz-Mechanikers und einer Hutmacherin, war damals schwanger und stand gerade vor dem zweiten Staatsexamen, als ihr komplettes Seminar den Satz hörte: Hamburg stellt keine Lehrer ein. »Mein erstes Gefühl war Haltlosigkeit.« Das zweite, sagt sie heute: Auf den Staat sei kein Verlass.

Sie begann damals, sich für Lehraufträge zu bewerben, tingelte jahrelang durch Schulen, »mal hier als Schwangerschaftsvertretung, mal da für einen Kranken einspringen«. Sie war Selbstständige in einer Beamtenbranche, frühes Prekariat – und blieb es bis zu dieser Bundestagswahl. Man kann sagen: Die Lehrerin Canel hat der FDP ihr eigenes Milieu erschlossen. Pädagogen, Frauen, Bildungsbürger. Sie hat jene angesprochen, denen die Partei der jungen Männer zu kühl und eindimensional erschien, zu vulgär.

Dass ihr Weg sie in den Bundestag geführt hat, ist für sie Lohn für Lebensmut, ganz wie bei der Kneipenwirtin Knecht. Canel wohnt im feinen Stadtteil Ohlstedt, ihr Mann arbeitet bei der Telekom. Sie hat keine Aktien, ihr Laptop ist von Aldi. Ihr älterer Sohn hat in diesem Sommer Abitur gemacht, der jüngere mittlere Reife. Das Haus ist bald abbezahlt.

2002 trat Canel in die FDP ein – in dem Jahr, als Westerwelle Spaßwahlkampf machte und Möllemann antisemitische Ressentiments schürte. Die FDP sei trotzdem ihre Partei geworden, sagt Canel, weil die CDU ihr »zu konservativ und inhaltsleer« war und Grüne wie SPD »zu dogmatisch« erschienen. »Schon die Anrede Genossin würde mir auf die Nerven gehen. Diese ganze Folklore da, diese Denkverbote sind nichts für mich.«

Jetzt ist sie die bildungspolitische Sprecherin der Hamburger FDP.

### **»Der Köder muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler«**

Draußen, vor den Fenstern des ICE, zieht mittlerweile Brandenburg vorbei. Canel sagt, sie wolle versuchen, in den Bildungsausschuss zu kommen. Dafür kämpfen, dass zehn statt fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgegeben werden. »Vor allem für die Frühförderung, das wäre Chancengleichheit.« Sie will mehr Lehrer und kleinere Klassen, Psychologen, Logopäden und Sozialpädagogen. Aber das wollen auch CDU und SPD.

Die FDP ist jetzt so etwas wie eine Volkspartei.

»Das heißt natürlich auch, man muss es allen recht machen«, sagt Canel.

»Der Köder muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler«, meint Müller-Sönksen.

Die FDP hat in Hamburg auch deshalb so viele Stimmen bekommen, weil der schwarz-grüne Senat das Bildungsbürgertum mit einer Schulreform verschreckt hat: Nach finnischem Vorbild sollen alle Kinder bis zur sechsten Klasse gemeinsam lernen.

»Das ist Zwangspolitik«, sagt Canel. Das Schulsystem solle »nachfrageorientiert durch die Eltern geprägt« sein, »nicht ideologisch vom Staat«. Wer es finnisch haben wolle, müsse dann auch Geld bereitstellen für zwei Lehrer pro Klasse, für Erzieher und Sozialpädagogen. »Solange das nicht so ist: Wieso soll nicht jedes Kind seinen eigenen Weg gehen dürfen?« Jeder mit der Kraft, die er hat. Canel nennt das Freiheit.

Ihre Gegner sagen, die schwarz-grüne Reform werde die Schwachen stärken. Und der FDP gehe es nur darum, die Starken nicht zu schwächen.

Der Zugchef kündigt Berlin an. Sylvia Canel und Burkhardt Müller-Sönksen greifen nach ihren Mänteln.

In der neu eröffneten Grundschule in der Hafencity, einer Public-Private Partnership mit einer Baufirma, ist der Boden mit Parkett ausgelegt. Die Stühle der Kinder sind ergonomisch geformt, die Rückenlehnen verstellbar. Den Schulhof inklusive Spiel- und Klettergeräten haben die Architekten aufs Dach verlegt. In den Gummiboden ist eine Inschrift eingelassen: »GANZ HOCH OBEN«.

Die meisten Kinder werden morgens von Eltern gebracht, die in der Hafencity arbeiten. Nur zehn der Schüler leben hier. In einigen Klassenzimmern gibt es keine Schiefertafeln mehr, sondern sogenannte Touchscreen-Smartboards, die mit Stiften und Fingern beschrieben werden können. Jede dieser Tafeln ist mit einem Computer verbunden, wie aus dem Nichts leuchten Bilder und Texte aus dem Internet auf; die Tafelaufzeichnungen können den Schülern nach Hause gemailt werden.

Im Internetportal Immobilienscout24 wird die Hafencity damit beworben, dass die Arbeitslosigkeit bei einem Prozent liege. Sozialwohnungen und Kriminalität gebe es nicht. Jeder Bewohner habe eine durchschnittliche Wohnfläche von 107 Quadratmetern zur Verfügung. Für einen Neubau wird mit dem Slogan geworben: »Nennen Sie es Luxus – wir nennen es verdient.«

Noch ist die Hafencity ein überschaubarer Kosmos, aufgehängt an drei Achsen: Sandtorkai, Dalmannkai und Kaiserkai. Fragen Touristen nach ihrem Weg, leiten die Neubewohner sie entlang der neuen Firmenzentralen, die wie Orientierungspunkte aus dem Quartier ragen: das wuchtige SAP-Gebäude, die elegante Privatbank Wölbern, das gläserne Unilever-Haus.

Die Wohnhäuser der Hafencity tragen Namen, Ocean's End oder Harbour Hall oder Yoo, damit sie Marken sind, nicht nur Häuser. Das Yoo, das der Designer Philippe Starck ausgestattet hat, ist eine globale Marke, es gibt Yoo-Häuser auch in Dubai und New York. Seine Apartments sind ausgestattet mit Video-Gegensprechanlage und Trittschalldämmung, En-suite-Bädern, begehbaren Kleiderschränken und Tresortüren. Im Innenhof liegt ein jungfräulicher Sandkasten.

30- bis 40-Jährige ohne Kinder wohnten in der Hafencity, außerdem Menschen über 50, sagt Christoph Holzapfel, ein Makler, der im Yoo Wohnungen anbietet. Es seien Menschen, die viel unterwegs sind. Geschäftsführer von Werbeagenturen, Consulter, Finanzdienstleister. »In den meisten Grundrissen sind Kinderzimmer nicht vorgesehen.«

Holzapfel sagt: Am wichtigsten sei den Kunden der Elbblick, gleich danach komme die Frage, wer die Nachbarn seien. Man schätzt es, dass man sein Auto in der Tiefgarage parkt und die Straße nicht betreten muss. Die meiste Aufmerksamkeit erhalte das Arbeitszimmer, sagt Holzapfel. »Das mit dem schönsten Blick, da kommt der Schreibtisch hin.«

Die FDP-Hochburg Hafencity ist der Raum für eine Leistungselite. Hier sieht man, wie die Welt aussieht, wenn die Starken sie sich nach ihren Bedürfnissen einrichten.

Am Kaiserkai residiert der Interior-Designer Thai-Cong, der seinen Kunden für tausend Euro pro Quadratmeter die Wohnungen einrichtet. Die Straßen, die Häuser, die Wohnungen hier, alles sei neu, sagt er, nichts habe eine Geschichte, das sei es, was die Kunden in der Hafencity suchen. Die Hafencity ist ein Ort, an dem man sich neu erfinden kann, unbekümmert, ungestört. Ein Ort ohne Vergangenheit. Und ohne Ballast.

Der Lottoladen gleich gegenüber der Wohnung des Ehepaars Knecht bietet sieben verschiedene Champagnerkühler an. Der Koch des Feinkostbistros am Vasco-da-Gama-Platz lässt sich auch für zu Hause mieten. Einen Supermarkt gibt es noch nicht.

Der neue Kindergarten hat Wochenend- und Nachtbetreuung im Programm, dazu Hol- und Bringservice. In einem kleinen Bau vor dem SAP-Gebäude wird Englischunterricht für Zweijährige gegeben. Nur wenige Schritte entfernt, wehen Flaggen vor der neuen ökumenischen Kapelle. Auf den Fahnen ist ein Kreuz angedeutet, sehr grafisch, aus Punkten in modernem Orange. Wie bei einer Firma. Das Mittags- und das Abendgebet dauern 15 Minuten. Meist kommen bloß Touristen.

Wer keine Probleme hat, braucht auch keinen Gott. Nur wer allein nicht weiterweiß, sucht die Gemeinschaft.

### **Wo Unkraut wächst, kommt sofort der Gärtner mit dem Flammenwerfer**

Es sei schwierig, einen festen Nachbarschaftstreff zu organisieren, sagt Michael Klessmann, der die kleine Zeitung *Hafencity-News* herausgibt. Darin geht es um zu kleine Abfalleimer, die vom Müll der

Touristen überquellen. Um Lärmbelästigung, um rücksichtslose Autofahrer. Weil das Gebiet größtenteils unter der Obhut der Vermarktungsgesellschaft Hafencity GmbH steht, haben die Bewohner einen eigenen Ansprechpartner, der sich um Missstände kümmert. Die Mülleimer? Werden jetzt fünfmal am Tag geleert. Graffiti? Sind binnen einer Stunde entfernt. Jeder Grashalm, der schief liege, werde wieder aufgerichtet, sagt Klessmann. Wächst Unkraut, kommt der Gärtner mit dem Flammenwerfer.

Was die Bewohner hier eint, sind die hohen Ansprüche an sich selbst. Ansprüche, die sie auch an andere stellen: die Lehrer in der Schule, den Gärtner, den Hausmeister.

Der Hausmeister des Yoo-Gebäudes, Dirk Traue, sagt, die Bewohner seien ungeduldig: Alles müsse immer gleich und sofort passieren. Sie rufen spätabends an, nur weil ein Fenster klemmt, und sie klingeln wieder durch, wenn das Problem nicht innerhalb einer Stunde behoben ist. Manchmal müsse er sie beruhigen »wie Babys«, sagt Traue. Trinkgeld habe er noch nie bekommen.

Es ist leicht, die Hafencity mit Neid oder Verachtung zu betrachten, für den Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter übt sie aber auch einen Reiz aus: die Faszination der Stärke.

Fragt man Walter nach dem Erfolg der Liberalen, dann sagt er: »Ich habe die letzten zehn Jahre eher darüber gestaunt, dass die Liberalen in Deutschland so schlecht dastanden, während sie in Ländern wie Belgien und Dänemark sogar die Ministerpräsidenten stellten.« Über kurzfristige Themen wie Steuerpolitik hinaus habe der FDP nun auch in Deutschland ein gesellschaftlicher Wandel geholfen: Die Partei profitiert vom Sterben alter Milieus. Von der Auszehrung der Industriegesellschaft und ihrer Organisationen, die die SPD getragen haben. Vom Schwinden christlicher Vorhöfe rund um die CDU. Die Gesellschaft heute ist mobiler, individueller, auch unideologischer. Westerwelle hat den Liberalen in diesem Wahlkampf völlig neue Schichten erschlossen, Milieuwechsler wie die Knechts, Arbeiter, Angestellte, Erstwähler.

Im Wahlkampf wirkten die FDP auf der einen Seite und die Linkspartei auf der anderen wie zwei entgegengesetzte Pole: unvereinbar und doch verblüffend ähnlich. Beide hätten die Wähler »unterkomplex« angesprochen, sagt Walter. Die Linke jene, die mehr haben wollen. Die FDP alle, die weniger geben wollen. Beide versprachen sie: »Cash«. Das sei für Gutverdiener ebenso attraktiv wie für eigentlich Unpolitische oder unterprivilegierte Schichten.

Einer, den man sich in zehn Jahren gut in der Hafencity vorstellen könnte, ist der Abiturient Marius Strubenhoff. Einer aus jener Altersgruppe, die früher fast selbstverständlich Grün gewählt hat und sich heute bei der FDP aufgehoben fühlt. Strubenhoff lebt in Lemsahl-Mellingstedt im Norden Hamburgs, einem Ort, in dem sich gediegener Mittelstand und grünes Gedankengut immer gut verbinden ließen. In diesem Herbst erhielt die FDP hier 20,3 Prozent der Stimmen. Häuser hinter Hecken, kein Durchgangsverkehr, von Bäumen gesäumte Pflastersteinstraßen.

In diesem Vorstadtidyll ist Marius Strubenhoff aufgewachsen. »Als Kind habe ich immer gedacht, das ist Hamburg«, sagt er lächelnd. Keine Klassenunterschiede, keine Zukunftssorgen. Das eingelöste Wohlstandsversprechen der Bundesrepublik.

Mit seiner Mutter und seiner Großmutter bewohnt der 19-jährige Gymnasiast ein unauffälliges weißes Einfamilienhaus am Ende einer Sackgasse. Strubenhoffs Mutter ist Kindergärtnerin, der Vater

Entwicklungshelfer in der Ukraine. Nach seinem Abitur möchte Strubenhoff studieren – Jura, Musik oder Politik.

Bei der Bundestagswahl durfte er zum ersten Mal wählen. Dass er seine Stimme der FDP gab, war das Ergebnis einer allmählichen Annäherung. In der Zeit seiner politischen Bewusstwerdung habe er sich den Grünen verbunden gefühlt, sagt Strubenhoff. »Ich dachte: Die sind für Umweltschutz, das fand ich toll.« Am Ende wollte er sie wegen ihrer Wirtschaftspolitik nicht wählen. Strubenhoff sagt, er halte »nicht viel von Keynesianismus«. Davon, dass der Staat durch vermehrte Ausgaben die Wirtschaft anzukurbeln versucht. Egal, ob es um einen Green Deal gehe, wie ihn die Grünen propagieren, bei dem in energiesparende Technologien investiert wird – oder um die Abwrackprämie, wie sie die Große Koalition beschloss: Wenn der Staat Geld in die Hand nehme, mache er meist »Sachen, die nicht sinnvoll sind«. Als seine Schule Geld für Renovierungsarbeiten erhielt – »was wurde damit als Erstes saniert? Die Gehwegplatten!«

Marius Strubenhoff, schlank und groß gewachsen, wirkt selbstbewusst, ohne aufzutrupfen. Er spricht ruhig und mit sonorer Stimme. Er hat die Partei nicht nur gewählt, er ist ihr Anfang des Jahres auch beigetreten. »Mein Jahrgang ist ziemlich schwarz-gelb«, sagt er. »Jusos und Grüne Jugend spielen keine Rolle.« In der Altersgruppe der unter 30-Jährigen haben laut Forschungsgruppe Wahlen mehr Menschen FDP als SPD gewählt – die Generation, die der *Spiegel* neulich »Krisenkinder« taufte.

Manchmal schwankt Marius Strubenhoff noch, was sein Engagement angeht. »Auf eine gewisse Weise bin ich auch politikverdrossen«, sagt er. »Zum Beispiel, wenn ich Leute wie Seehofer höre, die Populismus nicht als Schimpfwort begreifen, sondern als etwas Positives.« Strubenhoffs persönlichster Grund, nun mitzumachen in der Politik, ist »die Generationengerechtigkeit«, wie er es nennt. Unzählige politische Entscheidungen und die hohe Staatsverschuldung gingen zulasten seiner Generation. Die Rentengarantie der Großen Koalition zum Beispiel, die vorsieht, die Renten nicht sinken zu lassen – auch wenn die Löhne, von denen sie bezahlt werden, schrumpfen. »Das finde ich ungerecht«, sagt Strubenhoff.

Was findet er gerecht? Wie sieht seine ideale Gesellschaft aus? Die Wörter »solidarisch« und »sozial« kommen in seinen Antworten nicht vor. Der Staat solle nicht mehr tun, als die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass »jeder Mensch die Chance hat, das Beste aus sich zu machen. Nur wenn das gewährleistet ist, kann man auch Leistung einfordern.«

Wieso wählen junge Menschen in einer Zeit voller Unsicherheiten eine Partei, die ihnen keine Sicherheit verspricht? Warum reden sie in einer Krise, herbeigeführt durch neoliberalen Wirtschaftsgeist, neoliberaler als die FDP? Seit Jahren hört Strubenhoffs Generation, dass sie auf sich selbst vertrauen soll und nicht mehr auf den Staat. Hilf dir selbst – das haben sogar die Sozialdemokraten unter Gerhard Schröder propagiert. Begriffe wie »Gemeinwohl« oder »Solidaritätsprinzip« wirken beinahe altmodisch, fast naiv, das Motto der nachwachsenden Generation lautet jetzt: Sei im Praktikum besser als die anderen! Heb dich ab von der Masse, komm voran! Das kann ein Zeichen von Angst sein. Oder von Selbstvertrauen.

Die FDP ist eine Partei, die ich sagt, nicht wir. Petra Knecht, der Neubürgerin der Hafencity, gefällt das. Sie hat sich privat krankenversichert, sie sorgt privat für das Alter vor. Sie sagt, sie sei vom Staat so unabhängig wie möglich.

Dabei ist ausgerechnet ihre neue Heimat, die Hafencity, Resultat einer gigantischen Staatsanstrengung, erträumt von Sozialdemokraten und finanziert durch Schulden. Die neue U-Bahn-Linie, die das Hafenquartier mit dem Jungfernstieg verbinden soll: 325 Millionen Euro Gesamtkosten. Die geplante Hafencity-Universität: 75 Millionen Euro. Das Prestigeprojekt Elbphilharmonie: 330 Millionen Euro, bislang. Die Hafencity soll Investoren anlocken, Arbeitsplätze schaffen, das ist der Plan. Dafür wurde in den anderen Stadtteilen an Schulen gespart und offener Jugendarbeit, wurden Nahverkehrs- und Wasserpreise erhöht, wurde gekürzt bei Frauenhäusern, Blindengeld und Kinderkuren. Schwimmbäder wurden geschlossen, Gefängnisse.

Gibt es Probleme in der angeblich staatsfernen Hafencity, muss der Staat einspringen: Weil ein Investor im neuen Überseequartier keine Mieter für 50.000 Quadratmeter gefunden hat, mietet nun die Stadt diese riesige Bürofläche und zieht mit den tausend Angestellten des Bezirksamts Hamburg-Mitte in die Hafencity um. In ihren alten Räumen zahlt die Stadt acht Euro Miete an sich selbst, bald zahlt sie 15 Euro an den Investor. Das ist der Preis, den Hamburg ihm vertraglich garantiert hatte.

Burkhardt Hunka war noch nie in der Hafencity. Er glaubt, dort lebten »junge, aufstrebende Persönlichkeiten«. Leute, die »100 Euro für ein Abendessen ausgeben«. Keine zehn Kilometer trennen Hunka von der Hafencity, und doch lebt er in einer ganz anderen Welt, in Hamburg-Bahrenfeld, einem alten Industriestandort, zerschnitten von der Autobahn 7, dominiert von Produktion. Reemtsma dreht hier seit 1923 Zigaretten, Steinway baut Flügel, Kühne fertigt Essig und die Firma Rotring ihre Zeichenstifte.

In diesem Arbeitermilieu lebt Burkhardt Hunka in einer verwinkelten Wohnanlage mit Dutzenden kleiner Apartments. Der 50-Jährige bewohnt 48 Quadratmeter, Miete und Heizung zahlt das Sozialamt. Hunka trägt eine khakifarbene Jeans, einen beigefarbenen Rollkragenpullover und eine Brille mit großem schwarzem Rahmen; die schütterten rotblonden Haare hat er von einer Seite auf die andere quer über die hohe Stirn gekämmt. Hunka ist Hartz-IV-Empfänger. Auch er hat FDP gewählt.

Hunka möchte bei den Siegern sein. FDP zu wählen ist ein gutes Gefühl, ein Hafencity-Gefühl.

Hunka stammt aus der DDR, war bis 1989 bei der Nationalen Volksarmee und hat sich von der Bundeswehr zum Marketingassistenten umschulen lassen. Er war dann fünf Jahre lang *assistant manager* bei Burger King, anschließend leitete er verschiedene Penny-Märkte in Hamburg. Seit 2006 ist er arbeitslos.

»Hartz IV reicht zum Existieren«, sagt er, »nicht zum Leben.« Und das, sagt er, finde er richtig so. »Ich brauche einen gewissen Zwang, mich aus der Lage zu befreien. Das muss ich selbst tun, nicht der Staat.«

Ein- bis zweimal im Monat verdingt Hunka sich im Auftrag von Tchibo als sogenannter *mystery shopper*, sucht Filialen auf und fotografiert die Regale, kontrolliert, ob sie richtig bestückt sind. Ist das nicht unsolidarisch, denunziatorisch sogar? Hunka sagt, es werde sich zu viel beklagt. Er stelle keine Forderungen – im Gegenteil, er finde, man könne den Leuten noch viel mehr zumuten. Die Abschaffung des Kündigungsschutzes beispielsweise. »Heute wird man rausgemobbt, wenn der Unternehmer einen loswerden will«, sagt er, da halte er das Recht zum Rauswurf für »klarer als so ein Gezerre«. Vielleicht tut sich ihm dann auch eine Lücke auf.

Warum wählt jemand wie er FDP?

»Ich möchte nicht außerhalb der Gesellschaft stehen«, sagt Hunka.

### **Westerwelle schwebt in einer Wolke aus Journalisten durch den Saal**

In Berlin läuft die FDP-Abgeordnete Sylvia Canel, mit einem Rollkoffer im Schlepp, über eine schmale Spreerbrücke ins Regierungsviertel. Der Kuppel über dem Reichstag entgegen, hinein in die schwarz-rot-gold beflaggten Kulissen des Politikbetriebes. Vorbei am Kanzleramt und an der Warteschlange vor dem Reichstag.

Ein Aufzug trägt sie hinauf ins Jakob-Kaiser-Haus. Hier liegen die Büros der Abgeordneten, fast wabengleich, an langen Fluren, ausgelegt mit Eichenholz. Die Wahlverlierer von der SPD sind aus ihren Waben noch nicht ausgezogen. Bis etwas frei wird, sitzt Canel an einem Beistelltisch bei Müller-Sönksen im Büro. Er fragt seine Mitarbeiter, ob Westerwelle zum Beginn der Fraktionssitzung nicht ein Stopover bei Canel machen könnte: kurzes Händeschütteln, Foto für die Zeitung.

Canel wirkt in diesem Augenblick sehr klein. Kein Tisch, kein Telefon und keine Aufgabe. Sie klappt ihren Laptop auf, schreibt Mails und wartet. Was werden die nächsten vier Jahre bringen? Ihr und ihren Wählern? Wie können all die Erwartungen erfüllt werden?

Um 17 Uhr ist endlich Fraktionssitzung. Canel steht als eine der ersten Abgeordneten im Protokollsaal 1 tief im Reichstag und sucht sich einen Tisch. »An jedem Platz ein Mikrofon«, sagt sie, »ich habe gehört, bei der CDU ist das ganz anders.« Langsam füllt sich der Saal. Drei Sachen fallen auf. Erstens: Es gibt kaum Dicke in der Partei, die den Staat verschlanken will – viele gepflegte und gestreckte Menschen. Zweitens: Auch bei den freiheitlichen Liberalen treffen die Parteifreunde hierarchisch nach Bedeutung ein – je wichtiger, desto später. Drittens: Wer etwas werden will im neuen Kabinett, verweilt möglichst lange vor den Kameras – Rainer Brüderle zum Beispiel.

Dann kommt endlich Westerwelle, noch gepflegter und gestreckter als die anderen. Es sieht aus, als schwebe er in einer Wolke von Journalisten, deren Tempo er bestimmt. Bleibt er stehen, steht die Wolke. Geht er weiter, zieht sie mit. Das ist wohl Macht.

Westerwelle geht in den Fraktionssaal, direkt an seinen Platz ganz vorn. Für Sylvia Canel reicht es nur für ein Stopover mit Dirk Niebel. Dann schließen Saaldiener die Tür.

In den folgenden Tagen wird in Berlin weiterverhandelt. Das revolutionäre Gefühl vom Wahlabend ist weg, das Wort Freiheit wird nicht mit Inhalten gefüllt. In der Hauptstadt tobt ein finanzpolitischer Stellungskrieg. Es geht ums Haben, Geben und Nehmen. Um die Interessen der Leistungsträger. Um die von Abstiegsängsten geplagte Mittelschicht. Die Vertreter der FDP kämpfen um Steuersenkungen, um das Profil ihrer Partei, koste es, was es wolle. Auf bis zu 90 Milliarden Euro soll die Neuverschuldung deshalb steigen.

Das Kindergeld wird erhöht. Unternehmen- und Erbschaftsteuern sollen sinken. Der Arbeitgeberanteil an den Gesundheitskosten wird eingefroren. Es soll leichter werden, in die private Krankenversicherung zu wechseln. Apotheker sollen weniger Konkurrenz durch Versandhändler

bekommen. Steuerberatungskosten sind wieder absetzbar. Starke und Schwache sollen künftig gleich viel für ihre Gesundheit bezahlen.

Doch das Mehr an Kindergeld wird mit HartzIV verrechnet. Arbeitnehmer sollen zusätzliche Lohnnebenkosten künftig selbst bezahlen. Gebühren für Müll und Abwasser werden steigen. Und was der Staat weniger an Steuern einnimmt, wird irgendwann im Alltag der Menschen fehlen, ob als Spielplatz oder Straßenbahn.

Für viele Neuwähler der FDP sieht es jetzt nach weniger Netto vom Brutto aus.

»Die FDP hat gewonnen durch eine Mobilisierung von Verdruss«, sagt Franz Walter, der Parteienforscher. »Sie ist bis in untere Mittelschichten vorgedrungen, tief ins Kleinbürgertum.« Was, wenn sie diese Leute jetzt enttäuscht? Wenn sie doch wieder Politik nur für die Starken macht?

In der Hafencity, dort, wo es keine Schwachen gibt, haben die Bewohner begonnen, ihre Sorgen in einem Internetforum zu sammeln. Die Straßenbeleuchtung am Sandtorkai ist ihnen eine Nuance zu hell. Sie haben Unterschriften gesammelt gegen das Basketballfeld am Vasco-da-Gama-Platz – aufgrund der »zweistelligen Anzahl von Ballwürfen pro Minute«. Sie sind gegen die Skater auf den Magellanterrassen vorgegangen. Sie haben sich beschwert über Jugendliche aus dem Arbeiterviertel Jenfeld, die spätabends noch in der Hafencity unterwegs waren. Sie haben Anzeige erstattet, weil der Dampf eines alten Eisbrechers im Museumshafen auf ihre Balkone zog.

Das Gefühl der Belästigung, sagt der Polizist Bernd Steffen, sei schon interessant. Steffen ist der bürgernahe Beamte in der Hafencity. Ihn hatte man gerufen, als es das Problem mit den Skatern gab. Ihn ruft man immer. Wegen der Nachbarn, die zu laut Musik hören oder ihre Keller nicht aufräumen. Wegen der Radfahrer und Falschparker. Als einige Bewohner behaupteten, ihre Nachbarn führen zu schnell durch die Straßen, hat der Streifenbeamte Steffen sich an die Straße gestellt und gemessen. »Völlig normales Tempo«, sagt er. Er fragt sich immer öfter: »Warum reden die Leute nicht miteinander?«

Als neulich ein Obdachloser über ihre Promenade am Sandtorkai lief, wurde das sofort im Internetforum diskutiert. Spätestens im Winter sei der weg, schrieb einer.

**Quelle:** <http://www.zeit.de/2009/45/DOS-FDP>

## **Rundgang Stadt im Fluss**

Lest euch den Text über den jeweiligen Stadtteil durch und beantwortet daraufhin die folgenden Fragen.

Was sind gelungene nachhaltige kulturelle Initiativen in Hamburg?

Wie könnte eine nachhaltige kulturelle Entwicklung für Hamburg aussehen?

## **Stadtplanung “Hamburg muss seine Rolle neu definieren”**

(Annabel Trautwein, Wilhelmsburg Online; 12.09.2014)

Bis sich Hamburg und Kopenhagen durch die Fehmarnbeltquerung tatsächlich näher kommen, dauert es noch mindestens bis zum Jahr 2021. Auf dem City Link Festival treffen sich in der Hansestadt aber schon mal Künstler, Aktivisten und Stadtplaner aus beiden Metropolen, um sich auszutauschen. Was können die Städte voneinander lernen? Ein Interview mit dem Kultursoziologen und transdisziplinären Nachhaltigkeitsforscher Sacha Kagan. Der Wissenschaftler forscht und lehrt an der Leuphana Universität in Lüneburg — und ist Referent auf dem City Link Festival.

**Frage:** Herr Kagan, das City Link Festival soll Hamburg neue Impulse zur kulturellen Entwicklung bringen. Wo kann die Stadt sich denn noch verbessern?

**Sacha Kagan:** Das kommt darauf an, wo Hamburg hin will. Wenn das Ziel darin besteht, ein glänzendes Image zu entwickeln, das im Wettbewerb der Städte einen Marktvorteil verspricht, dann ist die Förderung von Prestigeprojekten und elitärer Kultur ein Weg. Er funktioniert aber nur kurzfristig. Es wäre naiv, zu glauben, dass das ausreicht. Wenn man die Stadt im Interesse der Einwohner voranbringen will und an einer nachhaltigen kulturellen Entwicklung für alle interessiert ist, dann muss man eine andere Art von Kultur fördern. Eine prestigeträchtige Elbphilharmonie spricht letztendlich nur eine Elite an.

**Frage:** Und was kann Hamburg dabei von Kopenhagen lernen?

**Kagan:** Dort gibt es viele Initiativen, die sich intensiv mit dem Verhältnis von Stadtkultur und Natur beschäftigen. Sie gehen der Frage nach, wie die Menschen in der Stadt zur Natur stehen. Und sie setzen sich ein für einen ökologischen Wandel, indem sie Einzelne in ihrem Alltag zum Umdenken bewegen. Die Politik unterstützt diese Gruppen und fördert sie. Es ist ihr wichtig, Kopenhagen als grüne Stadt voranzubringen. Hamburg nennt sich zwar auch Umwelthauptstadt, ist da aber meiner Meinung nach nicht überzeugend.

**Frage:** Auf welche Kopenhagener Initiativen sollte die Hansestadt konkret schauen?

**Kagan:** Da gibt es zum Beispiel das Netzwerk *Cultura21 Nordic*. Oleg Koefoed, einer der Initiatoren, wird auf dem City Link Festival davon berichten. Es geht dabei um die ökologische Entwicklung der innerstädtischen Insel Amager. Menschen, die einen persönlichen Bezug zu Amager haben, gestalten den Prozess selbst. Sie entwickeln Ideen, loten Möglichkeiten aus und setzen Projekte in Gang. Entscheidend ist dabei nicht, dass am Ende etwas Neues gebaut wird, sondern dass die Leute eine eigene Vorstellung von ihrem Lebensumfeld entwickeln. Auf dieser kleinteiligen, individuellen Ebene gibt es in Kopenhagen eine Menge interessanter Projekte.

**Frage:** Wie ist es umgekehrt? Wo könnte sich Kopenhagen an Hamburg ein Beispiel nehmen?

**Kagan:** Hamburgs Stärke liegt in dem hohen gesellschaftlichen Anspruch der freien kulturell-politischen Initiativen. Die Leute, die sich da engagieren, wollen nicht nur individuelles Umdenken bewirken. Ihr Ziel ist eine Gesellschaft, die kreativ mit inneren und äußeren Krisen umgeht.

**Frage:** Welche Initiativen meinen Sie?

**Kagan:** Eine der bekanntesten ist das Gängeviertel. Interessant daran ist, dass es den Aktiven gelungen ist, sich in der Stadt zu etablieren. Sie integrieren Kunst und Kultur in das alltägliche Leben und entwickeln eine Ökonomie, die auf Gemeingut basiert. Ein spannendes Experimentierfeld.

**Frage:** Gibt es weitere solcher vorbildhafter Projekte?

**Kagan:** Ein weiteres gutes ist KEBAP in Altona. Es setzt sich für eine selbstverwaltete, ökologische Energieversorgung in der Nachbarschaft ein. Und gleichzeitig ist es auch noch Kulturzentrum für kreative und künstlerische Aktivitäten. Was auch sehr gut funktioniert, ist der Interkulturelle Garten in Wilhelmsburg: Ein Treffpunkt, an dem Menschen verschiedener kultureller Herkunft voneinander lernen. Zugleich ist es auch noch ein ökologisches Projekt, das auf lokale Selbstversorgung setzt und ein neues Bewusstsein schafft. Besonders spannend sind in Hamburg aber nicht die Projekte für sich, sondern die Art, wie sie sich vernetzen, diskutieren und zusammenarbeiten. Es ist eine größere Bewegung entstanden, die daran arbeitet, nachhaltige Lösungen für die Probleme der Stadt zu finden.

**Frage:** Wie sollte die Stadt darauf reagieren?

**Kagan:** Wenn Hamburg diese Ideen unterstützen will, dann muss es seine Rolle neu definieren. Auch Politik und Verwaltung sind Akteure, die an der Gestaltung des Zusammenlebens mitwirken. Sie wären also nicht außen vor. Aber: Sie hätten auch kein Machtmonopol mehr. Der Staat wird zu einem Partner unter vielen. Das klingt utopisch – aber es würde Hamburgs Politik eine neue, vielversprechende Richtung geben.

**Frage:** Gibt es schon Anzeichen, dass sich diesbezüglich etwas verändert?

**Kagan:** Interessant ist in diesem Zusammenhang die Kampagne *Solidarische Raumnahme*: Sie wird getragen von Aktiven, die meist unbezahlt und freiwillig in verschiedenen sozialen Projekten arbeiten und nun fordern, nicht auch noch Miete zahlen zu müssen. Das finde ich verständlich – und ich bin gespannt, wie Hamburg darauf reagiert. Noch haben die Aktivisten es nicht geschafft, die Stadt zu überzeugen. Doch wenn es gelingt, dann kann Hamburg für Kopenhagen und viele andere Städte ein attraktives Vorbild sein.

**Quelle:** <http://blog.zeit.de/hamburg/interview-city-link-festival/>

